

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau und Taucha

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Volkshaus: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10 Gespalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Familienanzeigen von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10 Gsp., Kolonelle 25 Pfg., Reklamezeile 2 Mk. Inzerate von auswärts; die 10 Gspalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Was gedenkt die Regierung zu tun?

Schwierigkeiten des kommenden Winters

Reden Brüning's in Stuttgart

SPD Stuttgart, 25. August.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hielt am Dienstag in Stuttgart eine mehrstündige Sitzung ab. An der Tagung nahmen Vertreter der Zentrumsfraktion von Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz sowie der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsfraktion teil. Über die vertraulich geführten Verhandlungen wurde abends folgende parteiamtliche Mitteilung herausgegeben:

Reichskanzler Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Stegerwald und Dr. Wirth berichteten über die gegenwärtige Lage. Die Versammelten nahmen die Berichte in vorwiegend positiver Stimmung entgegen. Es ergab sich volle Einmütigkeit sowohl in der Auffassung der Sachlage, als auch der besonderen Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden. Besondere Beachtung fanden die Fragen, die mit der in Fluss geratenen Reparationsdebatte zusammenhängen, Umfang und Methoden von Sparmaßnahmen in Ländern und Gemeinden sowie die Kürzung der hohen Pensionen. In letzter Frage wird von der Reichsregierung eine beschleunigte Aktion erwartet. Am Spätnachmittag trat die Zentrumsfraktion des Reichstages zu einer Sonder Sitzung zusammen, die sich mit inneren Fraktionsfragen befaßte.

Dazu erfahren wir: Der Reichskanzler hielt während der Sitzung eine ausführliche Rede, in der er alle schwebenden politischen und wirtschaftspolitischen Fragen berührte. Insbesondere die Veränderung der Regierungskoalition im Reich beabsichtigt Brüning nicht. Die Reichsreformprojekte bezeichnete er als zur Zeit nicht so dringlich wie die schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben.

Auf keinen Fall werde die Reichsreform auf dem Wege der Notverordnung geföhrt.

Die Aussicht über die Banken müsse streng gehandhabt werden. Man werde den Banken jedoch die Verantwortung für ihre Geschäftsführung nicht abnehmen. Die Häufung von Aufsichtsposten bei einzelnen Personen werde auf die Dauer auf keinen Fall bestehen bleiben können.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler, daß er nicht optimistisch gestimmt sei, aber hoffe, daß das deutsche Volk in dem schweren Winter, der ihm bevorstehe, die Nerven nicht verlieren werde.

SPD Stuttgart, 26. August.

Im Anschluß an die Beratungen der Zentrumsfraktion des Reichstages fand am Dienstagabend auf Veranlassung der Stuttgarter Zentrumsfraktion ein parlamentarischer Abend statt, auf dem u. a. auch der Reichskanzler zu kurzen Ausführungen das Wort nahm. Er wies einleitend darauf hin, daß die Aussprache in der Zentrumsfraktion nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Klärung der internationalen Atmosphäre große Bedeutung habe. Brüning fuhr dann fort: „Wir haben alle die Überzeugung, daß die Welt nur gefunden kann, wenn zur Bekämpfung der größten Wirtschaftskrise eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis ergriffen werden. Die Währungsfrage war nicht immer in der Lage, den schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen. Trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. In den entscheidenden Augenblicken der vergangenen Monate hat das Volk uns ein Vorbild gegeben, wie man die Notwendigkeiten des Staates erfüllt und zu Opfern bereit ist. Das

wird die Geschichte eines Tages als eine der großartigsten Leistungen anerkennen. Es ist deshalb heute meine Pflicht, Ihnen den aufrichtigsten Dank auszusprechen, daß Sie in den schweren Tagen und Wochen, wo ich manchmal gegen mein innerstes Gefühl zusammen mit meinem Freunde Stegerwald dem Volke die größten Opfer aufbürden mußte, zu mir gehalten haben. Die Regierung ist sich in allen ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß ohne das Vertrauen und die Disziplin des Volkes ihren Anordnungen kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Es war der größte Erfolg im Auslande, daß an den Tagen, wo die Banken und die Sparkassen geschlossen werden mußten, es in Deutschland zu keinen größeren Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und sind uns klar darüber, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns endgültig zu helfen.“

„Es ist alles vorbereitet“ — sagt Wirth

Besonders bemerkenswert ist die Rede, die der Reichsinnenminister Dr. Wirth im Verlauf des parlamentarischen Abends der Zentrumsfraktion in Stuttgart hielt. Wirth schloß an die Debatte über die Reichsreform an und erklärte es als politische Bergehung, wenn gesagt werde, daß er mit dem Artikel 48 den Ländern den Garau machen wolle. Die Reichsreform sei nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich.

Dann wies der Reichsinnenminister auf die im kommenden Winter drohenden Gefahren hin. Er erklärte, daß die Regierung alles tun wolle, um in dem kommenden schweren Winter moralisch und materiell zu helfen, aber die Regierung könne nicht alles tun. Daher müßte neben dem Staat die charitativen Vereine mit einem großen Aufruf an die Öffentlichkeit treten, Naturalien zu sammeln. Es sei somit alles vorbereitet, daß Deutschland den nächsten schweren Winter überleben könne. Ein gewaltsamer Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten, denn die Regierung sei stark genug, eine Revolution niederzuschlagen. Nicht eine Sekunde dürfe gegögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie abgehackt werden. Die Regierung werde sich nicht überraschen lassen.

Wenn das, was Dr. Wirth hier ankündigt, alles ist, was die Regierung zu tun gedenkt, so erscheint die Bemerkung des Reichsinnenministers, „es sei alles vorbereitet“, reichlich kühn. Glaubt die Regierung Brüning, die bisher nur alles getan hat, die sozialen Einrichtungen abzubauen, mit dem angeländigten Appell an die private Wohltätigkeit ihre Pflichten gegenüber den schwer notleidenden Opfern der kapitalistischen Gesellschaft erfüllt zu haben? Glaubt sie wirklich, mit Bettelstuppen all die hungrigen Mäuler kopfen und die fürchtbare Not der Massen lindern zu können? Oder ist sie gar der Meinung, daß sie allein durch Drohungen mit Polizeiknüppel und Maschinengewehren die sozialen Nöte bekämpfen könnte? Die Regierung Brüning spielt ein gefährliches Spiel, wenn sie in den Kampf gegen das Massenelend nicht selbst aktiver eingreift. Die Regierung muß sich bewußt sein, daß es in erster Linie Pflicht des Staates und der Regierung ist, den notleidenden Massen, die ohne ihr Verschulden durch die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems ins Elend gestürzt wurden, ihre unerträgliche Lage nach Möglichkeit zu erleichtern.

Der Polizeibeamtenmord in Berlin

SPD Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülowplatz in Berlin ist jetzt, wie von polizeilicher Seite mitgeteilt wird, restlos geklärt. Nähere Nachrichten werden deshalb zurückgehalten, weil die Polizei erst den 90prozentigen Schuld nachweis geführt hat und durch vorzeitige Veröffentlichungen nicht das Ergebnis der Untersuchung gefährden will. Von den in der Angelegenheit Verhafteten steht bei fünf Personen zweifellos fest, daß sie am Bülowplatz geschossen haben.

Entgegen anderen Meldungen ist bei der Durchsuhung des Karl-Liebknecht-Hauses, dem Sitz der KPD-Zentrale, keine Adressen-Kartothek aufgefunden worden. Gefunden wurden Zeitschriften, ferner Beweise dafür, daß die bekannten Betriebs- und Hauszeitungen der Kommunisten im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt worden sind. Ein besonders merkwürdiger Fund betrifft eine Sammlung von Aufrufen, die historischen Charakter hat. Es sind Aufrufe aus der Zeit von 1848 bis heute. Man nimmt an, daß diese Sammlung auf unrechtmäßige Weise in den Besitz des Liebknecht-Hauses gekommen ist, da alle Stempel sorgfältig herausgeschnitten sind.

Die „Sicherungs“-Notverordnung

Ermächtigung für die Landesregierungen

Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten, die den Landesregierungen eine Ermächtigung zum Erlass eigener Notverordnungen erteilt, ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.

2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.“

Mehr Klarheit!

Von E. Aufhäuser, M. d. R.

Das Ergebnis des Volksentscheids hat wieder einmal den politischen Zusammenbruch verhindert. Sozialdemokratie und Arbeiterschaft waren die Träger der Rettungsaktion. Diese erfolgreiche Abwehr eines gewissenlosen politischen Abenteuerismus kann sich aber nur auswirken, wenn auch positiv dieser Arbeiterschaft und den weiten notleidenden Schichten geholfen wird. Der Kampf gegen die Massennot müßte die Konsequenz des 9. August sein. Statt dessen sieht sich die werktätige Bevölkerung von neuen Gefahren bedroht. Trotz des fürchtbaren Warnungssignals, das die panikartige Juli-Katastrophe aufgerichtet hat, vermissen wir immer noch entscheidende Kabinettsbeschlüsse, die endlich dem Abgleiten in der Lebenshaltung der breiten Masse ein Halt gebieten.

Die Reichsaufsicht über die Banken steht noch aus, statt dessen hat die Diskussion zu einer Bankenreform übergeleitet. Die Aktienreform will nicht in Fluss kommen und von einer positiven Lenkung des Kapitalstroms nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist noch nichts zu versprechen. Auch wirtschaftspolitisch könnte man glauben: „wir haben Zeit“; denn schon drohen neue Lohnabnahmen mit wachsender Verminderung der Kaufkraft, ohne daß mit durchgreifenden Maßnahmen der Handelspolitik und wirklichen Eingriffen in die Kartellgewalten das Realeinkommen durch Preisverbilligung gestärkt wird. So beschleunigt kürzlich den notleidend gewordenen Banken geholfen werden konnte, so zögernd ist die Behandlung der brennendsten Wirtschaftsfragen.

Schon zeigen sich täglich mehr und mehr die Folgen der Juligeldkrise in vermehrten Zusammenbrüchen großer Geschäfte und dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Der Reichsbank aber genügt es, daß sie mit weiteren Kreditrestriktion ihre Notendekungsgrenze peinlich innehält. Schließlich wird aber die Golddeckung allein nicht helfen können, wenn das für die Wirtschaft notwendige Kreditvolumen immer mehr einschrumpft. Eine Verstärkung des Kapitalumschlags ist notwendig, um der Massenarbeitslosigkeit des Winters vorzubeugen. Die vielfach angekündigte nationale Selbsthilfe kann doch unmöglich ausschließlich in der Senkung von Löhnen und Sozialleistungen bestehen. Also: Reichsbank erweache!

Es kann aber auch nicht gerade beruhigen, wenn in der entscheidenden Frage einer internationalen Finanzhilfe täglich brav versichert wird, daß wir mit einer langfristigen Auslandsanleihe nicht zu rechnen hätten. Statt sichtbar und mit höchster Aktivität die politischen Voraussetzungen für die beschleunigte Verständigung mit Frankreich zu schaffen. Es ist bedächtig, daß auch die Sachverständigen in Basel ausdrücklich erklärten, die Schwierigkeiten für die internationale Finanzhilfe weder in der deutschen Wirtschaftslage, noch in den Reichsfinanzen zu sehen. Es seien vielmehr politische Faktoren, die im Wege stehen. Wir sehen aber, daß in seiner Zeit, in der ohne Bezug Brücken zu Frankreichs Kapitalmarkt gebaut werden müßten, der deutsche Außenminister den chronisch gewordenen Ehrgeiz hat, weiter Fehler zu machen. Es ist sein Verdienst, daß die deutsche Delegation in Genf diesmal „parlamentarisch“ zusammengesetzt sein wird. Deutschland wird, wie in der guten alten Zeit, nur zünftige Diplomaten entsenden. Kein Reichstagsabgeordneter, der bei den Genfer Verhandlungen die Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Völkern verbessern könnte, darf die Kreise des Herrn Curtius stören. Die Dingenbelei fängt an, auch schon außenpolitisch verhängnisvoll zu werden. Es mutet auch wie ein Ueberfluß an Mangel von Völkerpsychologie an, daß ausgerechnet im Augenblick, da die unmittelbare Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als Gebot der Stunde erscheint, das führende Organ der Deutschen Volkspartei einen Biermächtepakt zwischen Deutschland, Italien, England und Frankreich vorschlagen muß. Wenn eine europäische Zollunion reif zu sein scheint, will Herr Curtius das Abkommen nur mit Oesterreich. Wenn die nachbarliche Verständigung mit Frankreich spruchreif geworden ist, wandert er erst durch das übrige Europa, statt den nächsten Weg nach Paris zu finden.

Die Reichsregierung sollte auch innerpolitisch die Ansprüche an die Opferbereitschaft der Arbeiterschaft nicht weiter überspannen. Es wird nicht mehr verstanden werden können, wenn durch den Kurs der Reichsfinanzpolitik weiter einseitig Lasten auf die arbeitenden Schichten abgewälzt werden sollen. Der Umbau der Krisensteuer wäre jetzt fällig. Mögliche Einnahmequellen aus Staatsmonopolen, wie Tabakmonopol, Benzimonopol müßten bei der herrschenden Finanznot erschlossen werden. Die Zeit drängt. Es kann auch gewiß nicht zur Beruhigung der Bevölkerung